

*****Es gilt das gesprochene Wort*****

„So sind wir nun Botschafter an Christi Statt“

Bericht vor der Landessynode im Herbst 2004

Landesbischof Dr . Johannes Friedrich

Sehr geehrte Frau Präsidentin, hohe Synode, liebe Schwestern und Brüder,

„die Kirche soll sich doch endlich wieder auf ihr Kerngeschäft besinnen!“ so höre ich es oft. Damit ist meist gemeint, dass die Kirche sich augenscheinlich nur noch mit Strukturen und Finanzen beschäftige. An erster Stelle, so die Kritik, müsse aber doch die Verbreitung des Evangeliums stehen, die gute Nachricht von der Erlösung durch den Glauben an Jesus Christus.

Genau so ist es. Es ist wohl keiner hier im Raum, der dieser Priorität nicht vorbehaltlos zustimmen könnte. Selbstverständlich ist es unsere erste Aufgabe und Christenpflicht, „von Gott in der Welt zu reden“, wie die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) schon 1999 formuliert. Um nichts anderes kann es gehen. Es ist uns auch nie um etwas anderes gegangen. Unser ganzes Ringen um Finanzen und Strukturen hat ja genau das zum Ziel, möglichst optimale Bedingungen für die Kommunikation des Evangeliums zu schaffen. Dass es dabei *auch* um Strukturen und Finanzen gehen muss, ist offensichtlich. Dass die Diskussion von Strukturen und Finanzen dabei aber immer nur dienende Funktion haben kann, kommt in der Außenwahrnehmung offenbar zu kurz. Darum will ich meinen Bericht heute ganz dem Thema widmen, das ich für unsere Kirche für wesentlich halte: der Kommunikation des Evangeliums oder, traditionell gesprochen: der Mission. Der Begriff „Mission“ war in unserer Kirche nicht immer positiv belegt. Oft wurde Mission mit dem Überfall imperialistischer Großmächte und der gewaltsamen Inkulturation von besetzten Gebieten gleichgesetzt – ein Missionsbegriff, der uns heute erschauern und bußfertig werden lässt. Wir haben daher heute die Aufgabe, dem Begriff Mission wieder zu seiner ursprünglichen positiven Bedeutung zu verhelfen. Mission heißt wörtlich übersetzt: „Geschick sein“, und genau so will ich Mission im doppelten Wortsinn verstehen. Wir sind als Christinnen und Christen geschickt in die Welt, um Menschen geschickt für den christlichen Glauben zu gewinnen. Nicht, um uns selbst zu bereichern, sondern um den Menschen die Botschaft von der Liebe

Gottes nahe zu bringen. Dieser Aspekt, verehrte Synodale, ist mir außerordentlich wichtig: Es geht bei der Mission weder darum, die Kirche zu sanieren noch darum, die Gottesdienststatistiken nach oben zu schrauben. Sondern es geht einzig und alleine darum, das Evangelium in die Welt zu tragen, so wie es uns im Taufbefehl am Ende des Matthäusevangeliums aufgetragen ist (vgl. Mt 28,20). Die EKD-Synode in Leipzig hat 1999 darum in ihrer Kundgebung ein Signal setzen wollen, das folgendermaßen formuliert war: „Die evangelische Kirche setzt das Glaubenthema und den missionarischen Auftrag an die erste Stelle... Es hat eine Zeit gegeben, in der es den Anschein haben konnte, als sei die missionarische Orientierung das Markenzeichen nur einer einzelnen Strömung in unserer Kirche. Heute sagen wir gemeinsam: Weitergabe des Glaubens und Wachstum der Gemeinden sind unsere vordringliche Aufgabe, an dieser Stelle müssen die Kräfte konzentriert werden“¹. Den letzten Satz will ich unterstreichen: Unsere Kräfte müssen dort konzentriert werden, wo es um die Weitergabe des Glaubens geht. Denn wir sind „Botschafter an Christi statt“ (2 Kor 5,20), wie es im 2. Brief des Paulus an die Korinther heißt. Die Weitergabe der Botschaft von der Liebe Gottes wird aber nur dann gelingen, wenn wir selbst auch etwas von der guten Nachricht ausstrahlen, die wir vermitteln wollen. Das meine ich damit, wenn ich sage, wir müssen sie geschickt weitergeben. Nicht raffiniert, nicht mit Tricks, sondern glaubwürdig. Und schließlich wird die Weitergabe der Botschaft erst dann glaubwürdig, wenn wir sie auch in den alltäglichen Fragen von Politik und Gesellschaft nachhaltig vertreten, wenn wir unsere christlichen Werte offensiv und deutlich als für diese Gesellschaft wichtige und hilfreiche Werte verdeutlichen. Und so gliedere ich meinen Bericht unter der Überschrift „So sind wir nun Botschafter an Christi statt“ in die folgenden drei Teile:

1. Die Botschaft selbst leben
2. Die Botschaft anderen weitergeben
3. Die Botschaft in der Welt glaubwürdig vertreten

Die Botschaft selbst leben

Wer andere überzeugen will, muss überzeugend wirken. Das gilt für alle Botschafter an Christi Statt – für uns Christinnen und Christen, für uns, die wir in der Kirche Verantwortung tragen, für uns Pfarrerinnen und Pfarrer wie für alle anderen haupt- und ehrenamtlich Mitarbeitenden, für Sie als Synodale, für uns als Mitglieder des Landeskirchenrats. Wir haben im Landeskirchenrat (LKR) deswegen auf einer zweitägigen Klausur zuallererst unser eigenes Verhältnis zum Thema Mission geklärt. Davon will ich kurz berichten.

1.1 Strategieklausur des Landeskirchenrates zum Thema Mission

¹ Reden von Gott in der Welt. Der missionarische Auftrag der Kirche an der Schwelle zum 3. Jahrtausend, hg. vom Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland im Auftrag des Präsidiums der Synode, Frankfurt am Main 2001, Vorwort S. 5.

Schon nach wenigen Stunden hat sich dort zweierlei bestätigt: Erstens, dass der Begriff Mission auch unter den Mitgliedern des LKR nur zögerlich als etwas positiv zu bewertendes akzeptiert wurde. Die zeitweise schwierige Geschichte, die mit dem Begriff Mission verbunden ist, ist der Grund dafür. Zweitens hat sich aber genauso bestätigt, dass die missionarische Verantwortung für uns zu den unveräußerlichen Grunddimensionen kirchlichen Handelns gehört. Missionarisches Handeln in dem Sinne, dass wir als Botschafter an Christi Statt Menschen für das Evangelium gewinnen wollen, ist der Grundtenor unserer Arbeit. Dabei geht es nicht um ein weiteres, womöglich zusätzliches Arbeitsfeld neben anderen, sondern um etwas, was *jedem* kirchlichen Tun eigen sein sollte. Es geht um die missionarische Dimension des Alltäglichen, die wir in erster Linie stärken wollen, nicht darum, jetzt neue Aktionen oder Kampagnen anzustoßen. Für den Landeskirchenrat haben wir daher beschlossen, dass alle Vorlagen für unsere Vollsitzungen ein weiteres Feld mit dem Titel „missionarische Relevanz“ erhalten. Neben den Feldern Sachstand, Problemlage, Lösungsvorschläge, finanzielle Auswirkungen muss nun also für jedes Thema, mit dem sich der Landeskirchenrat befasst, über die missionarische Dimension Auskunft gegeben werden. Diese Spalte dient dazu, auszuprobieren, inwieweit die gewonnenen Erkenntnisse über die Bedeutung missionarischen Handelns auch im Alltag kirchenleitender Entscheidungsleitend sind. Dabei geht es nicht darum, einen zusätzlichen Druck zu erzeugen oder allem das Etikett „missionarisch“ anzuheften. Es versteht sich von selbst, dass es bei vielen Vorlagen für die Vollsitzungen des Landeskirchenrates nicht direkt um missionarische Aktivitäten, sondern um Rahmenbedingungen für kirchlich-missionarisches Handeln überhaupt geht. Aber zu einer sinnvollen Reflexion leitet diese Spalte allemal an. Wir wollen im Dezember erstmalig auswerten, ob und wie das unsere Entscheidungen beeinflusst hat. Ein wesentliches Ergebnis der Klausur war für mich die Erinnerung daran, dass es bei der missionarischen Dimension unseres Handelns ganz wesentlich auf unsere eigene Haltung ankommt. Ziel muss sein, in Wort und Tat und persönlicher Haltung Zeugnis zu geben und zum Glauben einzuladen. Gott hat uns zu seinen Botschaftern und Botschafterinnen gemacht, wir sind in seinem Auftrag unterwegs. Die vierte EKD-Erhebung über Kirchenmitgliedschaft hat zutage gebracht, dass die meisten Menschen nicht aufgrund bestimmter Positionen oder Thesen der Kirche Mitglieder derselben sind, sondern weil sie sich dort auf verschiedenste Art beheimatet fühlen. Menschen geistliche Heimat verschaffen: Daran müssen wir weiter arbeiten. Ich bin davon überzeugt, dass wir noch sehr viel mehr Menschen eine geistliche Heimat bieten könnten. Die Menschen warten auf unser Lebenszeugnis. Sie warten darauf, zu erfahren, warum wir uns in der Kirche heimisch fühlen und was Jesus Christus für uns im Alltag bedeuten kann. Sie warten auf Vorbilder, die nachahmenswert erscheinen. Dementsprechend erfährt auch das diakonische Engagement der Kirche, dem Wichern seinerzeit unter der Überschrift „innere Mission“ ein neues Gepräge gegeben hat, bei

Umfragen immer wieder höchste Würdigung. Die Suche nach geistlichem Lebensreichtum ist heute vielleicht sogar offensichtlicher als zu Zeiten, in denen formal immer die Kirche dafür zuständig war. Denken Sie nur daran, dass die Kammerspiele in München ihren ganzen Winterspielplan unter das Thema der 10 Gebote stellen. Ein ähnliches Projekt läuft in Berlin. Menschen suchen Orientierung, suchen Zuflucht in geistlichen Fragen. Es ist an uns, diese Menschen mit großem Engagement in die Kirche einzuladen und ihnen eine Heimat zu bieten, wenn sie die Einladung annehmen.

1.2. Glaubwürdig leben und arbeiten

Wir können stolz darauf sein, wie viele überzeugende Botschafterinnen und Botschafter wir in allen Bereichen haben. Meine Besuche in Gemeinden, Einrichtungen und Dekanatsbezirken zeigen mir das immer wieder. Und wir wollen seitens der Kirchenleitung die Arbeit an der eigenen Person unterstützen, die nötig ist, um dieses Engagement auch über längere Zeit erbringen zu können. Deswegen bieten wir Jahr für Jahr eine ganze Reihe von Fortbildungen und Veranstaltungen an, die dabei helfen können. Das Angebot richtet sich an alle Mitarbeitenden in Kirche und Diakonie und ich bin dankbar, dass auch zahlreiche Ehrenamtliche davon Gebrauch machen. Auf ein Programm, das sich primär an Hauptamtliche wendet, will ich heute besonders hinweisen: Das Fortbildungskonzept „Leitung wahrnehmen in der Kirche“, kurz: LeiwiK. Dieses Programm ist speziell auf Leitungsaufgaben der mittleren Ebene zugeschnitten, in erster Linie für Dekaninnen und Dekane. Wir bieten dieses Programm nicht an, weil wir denken, dass unsere Dekaninnen und Dekane noch Lücken in ihren Kalendern haben. Das Gegenteil ist der Fall: Weil wir wissen, dass unsere Führungskräfte schwierige und umfangreiche Aufgaben zu erledigen haben, wollen wir eine Unterstützung dafür anbieten, dass sie das auch gut machen können. Seit LeiwiK vor zwei Jahren durch den Landeskirchenrat auf den Weg gebracht wurde, haben über 100 Frauen und Männer mit Leitungsverantwortung daran teilgenommen. 90% der Teilnehmenden bewerteten diese Fortbildungen als sehr gut. Rückmeldungen zeigen, dass damit der Übergang zu einem Leitungsamt besser in einen geregelten Prozess überführt werden konnte. Neue Anmeldungen bestätigen meine Hoffnung, dass von diesem Programm auch in Zukunft noch zahlreich Gebrauch gemacht wird. Deshalb haben wir im Konsolidierungspaket, unter dem Stichwort „Unterstützung“ Mittel bereitgestellt, um dieses Programm bis 2006 mit der bisherigen Personalkapazität weiterzuführen. Der Arbeit an der eigenen Person sollen u.a. auch die inzwischen etablierten 10-Jahres-Gespräche dienen, über die ich im schriftlichen Bericht etwas ausführlicher berichte.

Ein wesentlicher Punkt dieser Gespräche ist die Klärung des weiteren dienstlichen Einsatzes. Ein Wechsel auf eine andere Pfarrstelle kann nur dann segensreich wirken, wenn die Betroffenen sich darauf auch einlassen wollen. Deswegen haben wir bislang von rechtli-

chen Regelungen zum Pfarrstellenwechsel abgesehen und statt dessen auf die 10-Jahres-Gespräche gesetzt. Eine erste Zwischenauswertung dazu zeigt, dass wir mit diesem Vorgehen grundsätzlich richtig liegen. Die Dekaninnen und Dekane nehmen die 10-Jahres-Gespräche sehr ernst und melden als Ergebnis, dass in etwa der Hälfte aller Fälle ein Stellenwechsel geplant oder in Aussicht genommen ist. Gleichzeitig müssen wir aber auch einige Problemanzeigen in der Auswertung verzeichnen. So sind durch die Einführung der 10-Jahres-Gespräche gleichzeitig die Erwartungen gestiegen, vergleichsweise rasch einen Erfolg bei einer Bewerbung verzeichnen zu können und damit auch möglichst eine Verbesserung der Situation zu erreichen. Das stimmt aber nicht immer mit dem vorhandenen Stellenpool überein. Auch der zusätzliche Aufwand für Umzug und Pfarrhausrenovierung schlägt zu Buche, was unseren angeschlagenen Kassen nicht gerade entgegenkommt. Ich sehe diese Probleme und setze mich dafür ein, dass daran gearbeitet wird. Denn ich gehe weiterhin davon aus, dass uns im Sinne des missionarischen Auftrages allen daran gelegen sein muss, tragfähige – und das heißt: passende und damit auch überzeugende – Lösungen für den Einsatz unserer Pfarrerinnen und Pfarrer zu finden.

Ebenso über eine weitere Maßnahme der Personalentwicklung, initiiert und begleitet durch die Frauengleichstellungsstelle, ist das Mentoring-Projekt für Frauen.

Hier werden Tandems von Mentorinnen oder Mentoren und Pfarrerinnen gebildet, in denen die Pfarrerinnen Einblick in Leitungsämter erhalten. Wir hoffen, dass damit den in unserer Kirche arbeitenden Frauen der Einstieg in Führungspositionen erleichtert wird. Die Rückmeldungen zeigen, dass dieses Angebot gerne wahrgenommen wird und ich hoffe, dass noch viele Frauen davon profitieren werden. Um glaubwürdig leben und arbeiten zu können, müssen viele Voraussetzungen stimmen. Die hier exemplarisch genannten Maßnahmen der Personalentwicklung sind dabei sicherlich nur einer unter vielen Punkten, im Vergleich zu anderen Voraussetzungen vielleicht sogar vergleichsweise nebensächlich. Vieles können wir seitens der Kirchenleitung weder erzeugen noch stützen, sondern es entsteht ganz alleine durch die persönliche Haltung und Ausstrahlung der Mitarbeitenden unserer Kirche. Ich bin froh und sehr dankbar, dass unsere Mitarbeitenden auf allen Ebenen ganz überwiegend froh und positiv, selbstbewusst und überzeugend durch ihre ganze Person für ein gewinnendes Christentum stehen. Anders könnten wir unserem missionarischen Auftrag sicherlich nicht nachkommen. Entscheidend ist, dass Menschen, die Hilfe suchen, in der Kirche das Gefühl bekommen: Hier bin ich richtig, hier habe ich Ansprechpartner und ein Zuhause. Dass das eine große Herausforderung für die in der Kirche engagierten Haupt- und Ehrenamtlichen, manchmal sicher auch eine Belastung ist, versteht sich von selbst. Und es ist wichtig und richtig, dass jede und jeder für sich selbst abwägt, was er leisten kann oder wo ggf. auch eine Grenze überschritten wird. Ich finde es im Blick auf den missionarischen Auftrag großartig, dass die Pfarrerinnen und Pfarrer auf Ortsebene grundsätzlich immer ansprechbar sind. Das ist mit großen Belastungen verbunden, die ich klar sehe. Und es muss auch deut-

lich gesagt werden: Nicht, jedes Kirchenmitglied hat immer und überall Anspruch auf ein sofortiges Gespräch mit dem Pfarrer oder der Pfarrerin. Aber es gehört zu unserem unverwechselbaren Auftrag, dass Pfarrerinnen und Pfarrer nicht nur zu bestimmten Sprechzeiten, sondern im Prinzip immer ansprechbar sein müssen.

1.3. Einladend Kirche sein

Ich habe auch im vergangenen Jahr die Reihe meiner Dekanatsbesuche fortgesetzt und die Dekanate Neustadt/Aisch, Memmingen, Leutershausen, Michelau und Bad Berneck besucht. Wie Sie auf der Karte sehen, werden die weißen Flecken der nicht besuchten Dekanate immer weniger. Ich freue mich übrigens auf Einladungen von diesen übrigen Dekanaten. Bei den Besuchen habe ich gemerkt, welch lebendiges, fröhliches, engagiertes Leben in unseren Dekanaten, Gemeinden, Einrichtungen und Diensten da ist. Unsere Kirche strahlt die gute Nachricht, um die es geht, wirklich aus in Gottesdiensten und Veranstaltungen, durch die Arbeit von Posaunen- und Kirchenchören, durch Gospelkonzerte oder Konzerte des Windsbacher Knabenchors, um nur ein paar Beispiele zu nennen.

Natürlich wird mir dort auch von den Sorgen, Nöten und Ängsten berichtet, die nicht zuletzt aufgrund der zurückgehenden Kirchensteuereinnahmen vorhanden sind. Ich bin aber sehr froh darüber, dass das Jammern, Heulen und Zähneknirschen, das in der Beratungsphase des Konsolidierungspaktes ja selbstverständlich und vielleicht sogar notwendig war, sich nicht fortgesetzt hat. Mein Gesamteindruck unserer Kirche des letzten Jahres war, dass sich alle, die von unseren Maßnahmen betroffen, teilweise massiv betroffen waren und sind, trotz allem frohgemut und kreativ an die Arbeit gemacht haben und an nicht wenigen Stellen unerwartete Lösungsmöglichkeiten gefunden haben. Der Landeskirchenrat wird Ihnen ja heute Abend in seinen Berichten aus den verschiedenen Abteilungen genaueres dazu sagen und ich werde dort als Vorsitzender des Landeskirchenrats noch einmal darauf zurückkommen.

Ich habe in diesem Jahr insgesamt eher kleine Dekanate besucht, wobei die Intensität der Besuche, das Engagement dort und die Freude, mit der ein Landesbischof begrüßt wird, in keiner Korrelation zur Größe des Dekanats steht. Besonders erfreut hat mich, dass an ganz vielen Orten kleinere und mittlere Dekanatsbezirke bereits auf vielen Gebieten kooperieren – etwa im Bereich der Diakonie, der Erwachsenenbildung, der Kirchenmusik oder der evangelischen Jugend. Ein besonders gelungenes Beispiel scheint mir der Kooperationsvertrag der Dekanatsbezirke Nördlingen, Oettingen und Donauwörth zu sein. Wenn Dekanatsbezirke solche Kooperationen verabreden, wird es auch in Zukunft keine Stimmen dafür geben, Dekanatsbezirke aufzulösen. Und ich freue mich über die Signale von anderen Dekanatsbezirken, die es diesen Ries-Dekanaten gleich tun wollen. Ähnliches gilt übrigens auch für unsere Gemeinden. Wenn man die Zahlen aus anderen Landeskirchen vergleicht, kommt man schon ins Staunen: Die rheinische Kirche mit 3 Millionen Gemeindegliedern hat

821 Gemeinden, Bayern mit 2,7 Millionen dagegen 1531! Dem entspricht, dass über 20 % unserer Gemeinden weniger als 400 Gemeindeglieder haben. Auch hier, denke ich, sollten wir nicht von oben her mit Zwangsmaßnahmen auf eine Änderung drängen. Aber Gemeinden müssen sich gut überlegen, in welcher Weise sie sinnvoll so zusammenarbeiten können, dass unnötige Doppelarbeit und Doppelausgaben vermeiden werden und dass Synergien genutzt werden können. Wenn ein Pfarrer in seiner Pfarrei in vier oder fünf Kirchenvorständen jeweils dieselben Themen behandeln muss, scheint mir das nur bedingt sinnvoll zu sein. Kooperationen im Bereich der Verwaltung, der Pfarramtsführung sind ja vielerorts schon gang und gäbe, können aber noch ausgebaut werden gerade auch was die Zusammenarbeit von Kirchenvorständen betrifft. Aber auch über Gemeindefusionen sollte gegebenenfalls in den Kirchenvorständen nachgedacht werden. Ein gelungenes Beispiel dafür ist die Zusammenlegung der Gemeinden St. Leonhard und Schweinau in Nürnberg, die mir natürlich besonders am Herzen liegen, da ich dort mein Pfarrershandwerk gelernt habe. Tochter- und Muttergemeinde, die sich vor 41 Jahren getrennt hatten, als die Gesamtgemeinde bei rund 20.000 Gemeindegliedern lag, finden sich jetzt wieder zusammen, wo die gemeinsame Gemeindegliederzahl bei 8.600 liegt. Auf Grund meiner Erfahrungen im vergangenen Jahr kann ich mediale Äußerungen nicht bestätigen, wonach in unserer Kirche alles kleiner, geringer, schlechter wird. Auch im Bereich des Finanziellen sind wir auf einem gutem Weg: indem wir nämlich nicht den Fehler begehen, uns kaputt zu sparen, sondern auch weiterhin in lohnende Zukunftsaufgaben neu investieren. Deshalb war es richtig, gerade zum jetzigen Zeitpunkt den Innovationsfonds aufzulegen, der zukunftsweisende Projekte fördert. Der Antragstermin ist ja noch nicht abgelaufen. Aber grundsätzlich kann man jetzt schon sagen: er ist auf eine breite positive Resonanz gestoßen in dem Tenor: toll, dass die Kirche hilft, auch einmal Neues anzustoßen! Ich werte das als ein weiteres Aufbruchszeichen.

Bei den bisher eingegangenen Anträgen liegt ein Schwergewicht auf Projekten, die für eine bestimmte Region, also in Kooperation von 2-3 Kirchengemeinden durchgeführt werden. Zielgruppen sind bis jetzt meistens Kinder und Jugendliche. Gerade für diese Zielgruppen müssen wir ja auch einmal eine Nummer größer einsteigen, um sie anzusprechen und sie langfristig zu gewinnen („Eventcharakter“).

Der deutlich erhöhte Kirchgeldertrag, der im ersten Jahr nach unserer Gesetzesänderung im ganzen Land zu konstatieren ist, spricht dafür, dass Menschen überall sich weiterhin für ihre Kirche einsetzen und auch bereit sind, dafür zu zahlen. Alle, die sich nach unserer letzten Synode über die Änderungen, die Sie beschlossen haben, erregt haben, wurden dadurch eines Besseren belehrt. Das macht es vielen Gemeinden etwas leichter, mit den gekürzten Schlüsselzuweisungen zu Recht zu kommen. Ich freue mich, dass auch sonst das Ziel der Einnahmesteigerungen deutlicher im Blick ist. Das betrifft Einrichtungen unserer Kirchen, etwa das Gottesdienstinstitut, die das sehr professionell und erfolgreich angehen. Auch die

Fortbildungen zum Fundraising, die von der Landeskirchenstelle seit einiger Zeit angeboten werden, haben trotz hoher Unkostenbeteiligung eine hervorragende Resonanz. Und neulich durfte ich die Urkunden für die 100. Stiftungsgründung unterzeichnen, die von Frau Kammerbauer aus der Landeskirchenstelle unter der Leitung von Herrn Kirchenoberverwaltungsdirektor Janowski betreut wird. Es gibt einen weiteren großen Bereich unserer Landeskirche, in dem wir im Zusammenhang mit unseren Konsolidierungsnotwendigkeiten alle gemeinsam verstärkt arbeiten müssen, ein Bereich, der sich zentraler Verfügung und Regelung entzieht, wie kein anderer – und doch müssen wir gemeinsam fragen, wie wir verantwortungsvoll damit umgehen wollen und können: ich meine den Bereich der kirchlichen Immobilien. Wir müssen und wollen hier gemeinsam mit allen in der Landeskirche, die damit etwas zu tun haben, eine Strategie entwickeln, die den einzelnen Entscheidungsträgern, die für jeweils ihre Immobilie die Verantwortung tragen, Entscheidungshilfen geben zu können. Dabei geht es nicht in erster Linie darum, was verkauft werden soll, sondern darum, dass wir uns kontinuierlich mit Fragen wie diesen beschäftigen müssen: Welche Immobilien brauchen wir? Was kosten uns unsere Immobilien? Wie hoch sind die Baulasten in den nächsten Jahren, wie hoch die Unterhaltskosten? Welche Immobilien sind unverzichtbar? Welche erfüllen ihren Zweck auch weiterhin? Welche müssen vielleicht verändert oder ersetzt werden? Und welche sind möglicherweise entbehrlich? Zu klären ist in diesem Zusammenhang auch: Was machen wir mit leer stehenden Pfarrhäusern? Dürfen wir ein Gemeindehaus aufgeben, wenn wir der Meinung sind, dass es nicht mehr gebraucht wird? Was ist für unsere Gemeinde wichtiger, die Kirche oder das Gemeindehaus? Wir wollen in diesem Bereich seitens der Kirchenleitung kein eigenes Projekt auflegen, denn es lässt sich hier – anders als bei der Landesstellenplanung oder dem Konsolidierungspaket – nichts zentral regeln oder beschließen. Wir können uns nur gegenseitig unterstützen und helfen: auf den verschiedenen Entscheidungsebenen wie in den verschiedenen Regionen. An vielen Stellen ist der Problemdruck und ist die Fragestellung ja da, an vielen Orten ist hier schon Vernünftiges vorgedacht. Darum plant der Landeskirchenrat im nächsten Frühjahr eine Konsultation, die die Fachleute aus den verschiedenen Ebenen und Regionen zusammenbringen soll.

2. Die Botschaft anderen weitergeben

Der Kern unseres missionarischen Auftrages besteht darin, die Botschaft von der Erlösung durch Jesus Christus an andere weiterzugeben. Dieser Auftrag gilt für alle Christinnen und Christen gleichermaßen. Im Blick auf bestimmte Arbeitsfelder des missionarischen Dienstes

hat sich diesen Auftrag aber in besonderer Weise das Missionswerk unserer Kirche zu Eigen gemacht. Im Rahmen meiner Visitationen der Einrichtungen unserer Kirche habe ich mir daher im Mai in diesem Jahr einen Tag Zeit genommen, dem Missionswerk einen ausführlichen Besuch abzustatten.

2.1 Besuch des Missionswerkes in Neuendettelsau

Mich hat beeindruckt, was für ein breites Spektrum an differenzierter Arbeit das Missionswerk leistet. Manchmal begegnet einem ja die landläufige Meinung, dass das Missionswerk nur dazu da sei, einige unserer Pfarrerinnen und Pfarrer auf die Stellen in Übersee zu verteilen. Das ist natürlich weit gefehlt. Selbstverständlich hat das Missionswerk auch die Aufgabe, Pfarrerinnen und Pfarrer für Pfarrstellen im Ausland, aber auch andere Mitarbeitende wie z.B. Ärztinnen und Lehrer oder Mitarbeitende in der Entwicklungshilfe zu gewinnen, den Einsatz zu organisieren und den Dienst dort zu begleiten. Aber das ist bei Weitem nicht alles. Unsere Partnerkirchen in Übersee werden grundsätzlich in ihrer missionarischen und entwicklungsbezogenen Arbeit unterstützt. Dazu gehört die Entsendung von Mitarbeitenden, aber auch das Fördern von Projekten, die Vertretung der Positionen der Partnerkirchen gegenüber uns als kirchenleitenden Organen und die Unterstützung der zahlreichen partnerschaftlichen Beziehungen, die Gemeinden und Dekanate unserer Kirche pflegen. Im Einzelnen verbirgt sich hinter der Überschrift „Christsein weltweit“ dann auch noch die Begleitung von Stipendiaten und Studierenden in Übersee, die Arbeit mit Rückkehrerinnen und Rückkehrern, die Organisation von Seminaren für Mitarbeitende der Partnerkirchen und ein Angebot von Tagungen im Rahmen des Themenfeldes Mission. Mir ist bei diesem Besuch einmal mehr klar geworden, wie wichtig die Pflege von Partnerschaften zu den Schwesterkirchen in der Welt auch für unsere eigene Kirche ist. Es ist im Idealfall ein gegenseitiges Geben und Nehmen – wie es nicht anders sein darf, denn die Kirche Jesu Christi existiert nur weltweit und nicht regional oder national begrenzt. Im Gespräch mit Pfarrern aus Übersee wurde deutlich, dass wir in Sachen Spiritualität, Gemeindeaufbau, Toleranz und auch Demut noch viel von unseren Partnerkirchen lernen können. Umgekehrt durfte ich einmal mehr erfahren, was für eine wichtige, wertvolle und gute Arbeit unsere Mitarbeitenden auf ihren Posten in Übersee leisten. Ich bin davon überzeugt, dass dieser Austausch auch um der missionarischen Kraft unserer eigenen Kirche willen unverzichtbar ist. Traurig stimmt mich daher, dass das Interesse an Stellen in Übersee zurzeit nicht besonders groß ist. Ich will daher nachdrücklich Mut machen, sich auf eine Auslandserfahrung einzulassen. Gespräche mit Rückkehrerinnen und Rückkehrern bestätigen immer wieder, dass die Mitarbeitenden ihrem Einsatz in Übersee auch rückblickend allergrößte Bedeutung zumessen. Und ich merke, wenn ich bei meinen Besuchen auf Kollegen treffe, die in Übersee waren, wie positiv das ihre Arbeit hier bei uns beeinflusst. Ich würde mich freuen, wenn wir den Bedarf an Mitarbei-

tenden in unseren Partnerkirchen in Zukunft wieder besser decken könnten. Nicht nur, aber auch zum Wohl unserer eigenen Kirche.

2.2. Kasualien als Chance

Schon vor Jahrzehnten hat der Theologe Rudolf Bohren zu Kasualien als „missionarische Gelegenheiten“ Stellung genommen. Damals ist sein schmales Büchlein dazu zum Teil auf erbitterten Widerstand auch aus den Reihen der Kirche gestoßen. Es galt als dem geistlichen Ereignis nicht angemessen, Kasualien unter dem Aspekt der Mission zu betrachten. Heute ist das anders. Die regelmäßigen Kirchenmitgliedschaftsuntersuchungen der EKD bestätigen den Trend, dass viele Mitglieder unserer Kirche fast nur noch anlässlich von Kasualien in direkten Kontakt mit der Kirchengemeinde treten und dass diese Berührungspunkte auch für Nichtchristen oft der einzige Eindruck ist, den sie von kirchlicher Arbeit haben. Auch hier macht sich offenbar der gravierende Rückgang religiöser Sozialisation in Kinder- und Jugendjahren bemerkbar. Ich halte es von daher für unausweichlich, den Kasualien unsere größte Sorgfalt zu widmen. Selbstverständlich ist das eigentliche Wesen der Kasualien nicht in erster Linie in ihrer missionarischen Dimension begründet. Die Vergewärtigung des Zuspruchs Gottes in lebensgeschichtlich bedingten Umbruchsphasen steht nach wie vor im Vordergrund. Es ist also zunächst ein seelsorgerliches Handeln an den direkt Betroffenen. Aber das schließt ja nicht aus, Kasualien auch als missionarische Gelegenheiten zu nutzen. Ich danke allen unseren Pfarrerinnen und Pfarrern, die diese Chance längst ergreifen. Wenn wir an den Wendepunkten des Lebens nicht überzeugend wirken, werden uns auch an dieser Stelle andere Anbieter das Wasser abgraben. Im Bereich der Bestattung ist das schon heute deutlich zu erkennen. Die christlichen Kirchen sind nicht mehr die einzigen Begleiter bei Tod und Sterben. Und mehr noch: Das Angebot säkularer Trauerbegleiter ist manchmal äußerst umfassend, engagiert, sachkundig, sorgfältig und – was heute besonders wichtig scheint – individuell. So wählen (jedenfalls außerhalb Bayerns) selbst Kirchenmitglieder inzwischen immer häufiger eine säkulare Bestattung, angeblich über 30% – ein Trend, der uns beunruhigen muss. Es ist höchste Zeit, dass wir intensiv über diese neuen Entwicklungen nachdenken und alles tun, damit dieser Trend nicht auch unsere Landeskirche erreicht. Vielleicht müssen wir uns auch aufraffen und so manche allzu starre Vorschrift oder Ordnung auf unseren Friedhöfen überdenken. Wichtig ist doch nicht, möglichst genaue Vorgaben zu erfüllen, sondern einzig und alleine, den Menschen beizustehen. Es ist die christliche Hoffnung, die uns im Leben und Sterben trägt. Die Botschaft von der Auferstehung ist der entscheidende Trost, den wir als Christinnen und Christen Menschen bei dem Verlust eines geliebten Angehörigen mit auf den Weg geben können. Es ist unsere Pflicht, in diesem Sinne Menschen am Grab Glauben, Liebe und Hoffnung zu vermitteln. Deswegen sollten wir uns dieses wichtige Arbeitsfeld nicht schleichend nehmen

lassen. Ich bin davon überzeugt, dass wir mit der nachdrücklichen Pflege christlicher Trauerkultur auch weiterhin vielen Menschen den Halt geben können, den sie in schweren Zeiten so dringend benötigen.

Ich habe mich daher sehr über eine neu entstandene Broschüre zur Trauerbegleitung gefreut, die von den katholischen und evangelischen Kirchengemeinden in Schweinfurt gemeinsam verantwortet wird. In dem schmalen Heft mit dem Titel „Ja zur Trauer – ja zum Leben. Hilfe für Trauernde“ finden sich viele gut aufbereitete Hinweise auf die Formalitäten, christlicher Zuspruch und eine Reihe nützlicher Anregungen zum Umgang mit der Trauer. Ein Schritt in die richtige Richtung, den Menschen unser eigenes reichhaltiges Angebot wieder nahe zubringen.

Überhaupt sollte den Grenzsituationen des Lebens noch stärker unsere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Natürlich ist die frohe Botschaft des Evangeliums wichtig für unser gesamtes Leben. Und nicht von ungefähr begleiten wir auch mit unseren Kasualien gerade auch die freudigen Hochfeste des Lebens, wie etwa Geburt oder Trauung. Es sind aber die Tiefpunkte des Daseins, die oft als Nagelprobe für die Tragfähigkeit der Kirche gewertet werden. Ich meine daher unbedingt, dass auch bei knapper Kasse der Seelsorge allergrößte Wichtigkeit eingeräumt werden muss. Die uns anvertrauten Menschen können das zu Recht erwarten. Ich freue mich daher sehr, dass viele Dekanate ihr Seelsorgekontingent, insbesondere im Bereich der Krankenhauseelsorge durch die Verwendung von RE-Stellen erhöht haben. Knapp 20 Stellen konnten so über das vom Landesstellenplan vorgegebene Rahmenkontingent für spezielle seelsorgerliche Aufgaben vergeben werden. Das ist nicht zuletzt ein wichtiges Signal der Kirche in die Öffentlichkeit hinein. In den Gemeinden vor Ort wird diese Art von überparochialer Arbeit für wichtig gehalten. Wir haben also unter dem Strich die Zahl der Stellen für die Krankenhauseelsorge erhöht! Und wir dürfen in der Begleitung der uns anvertrauten Menschen im Rahmen unserer Möglichkeiten nicht nachlassen. Ich danke allen, die dazu durch Ihr Engagement beitragen.

2.3. Weitere „missionarische Gelegenheiten“

Eine der wichtigsten missionarischen Gelegenheiten ist und bleibt gegenwärtig der Religionsunterricht. Grundlegende christliche Glaubensinhalte und Wissensbestände werden immer weniger im Elternhaus vermittelt, die Bibel gehört längst nicht mehr zum Standardwerk jeder Familie. Wir können daher gar nicht genug Wert auf einen guten, lebendigen und evangeliumsnahen Religionsunterricht legen. Dazu gehört es, dass wir als Kirche die Reli-

gionslehrenden in ihren unterschiedlichen Ausbildungen und Berufsständen wirklich ernst nehmen. Das beginnt für mich bei der Vocatio, der kirchlichen Beauftragung zur Erteilung des Religionsunterrichts. Ich bin froh, dass der Landeskirchenrat sich einig ist, dass diese Vocatio-Feiern eine große Bedeutung haben und so terminiert sein müssen, dass die ausgebildeten Lehrkräfte sofort nach Abschluss ihrer Ausbildung in einem feierlichen Gottesdienst in diesen für die Kirche so ungeheuer wichtigen Dienst berufen werden. Das betrifft in besonderer Weise die Religionsphilologen und –philologinnen, die sich früher in unserer Kirche nicht genug beachtet gefühlt haben. Wie mir von dem früheren Berater für evangelische Religionslehre an den Gymnasien in Südbayern, StDir Pfr. Erich Spanner, zum Abschluss seiner Tätigkeit berichtet wurde, ist das nun anders geworden. Denn wir alle wissen, dass der Religionsunterricht an den öffentlichen weiterführenden Schulen ohne Religionsphilologen schon längst marginalisiert, wenn nicht gar zusammengebrochen wäre: Die Religionsphilologen haben mit ihrem zweiten Unterrichtsfach und mit ihrer Verankerung im Schulalltag den Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach festigen können. Eine stattliche Anzahl von Religionsphilologen hat zudem eine breite gefächerte und innerhalb eines volksskirchlichen Rahmens erfolgte Sozialisation mit in ihren Dienst gebracht. Ich würde mir sehr wünschen, dass die Kontakte zwischen Pfarrkapitel und Religionslehrkräften auf Dekanats-ebene, die es an vielen Orten gibt, verstärkt werden. Ich halte das für beide Seiten für gewinnbringend. Das jetzt neu eingeführte achtstufige Gymnasium (G8) bringt für unsere kirchlichen Angebote zwar sicherlich Probleme, weil die schulfreien Zeiten dadurch ja kürzer werden. Aber ich meine, dass darin auch eine Chance liegt. Denn gleichzeitig werden damit auch die unterrichtsfreien Zeiten in der Schule länger. Ich habe schon von einigen Gemeinden gehört, die diese Zwischenstunden nutzen, um ihre Angebote dort zu platzieren. Möglicherweise tun sich mit dem G8 – bei aller Mehrbelastung – auch neue missionarische Gelegenheiten auf.

Auch die evangelischen Schulen kommen im Sinne einer „missionarischen Gelegenheit“ neu in den Blick. Für viele junge Menschen, auch und gerade in den häufig von der Diakonie getragenen Fachakademien, findet hier die erste und vielleicht einzige Begegnung mit einer kirchlichen Einrichtung statt. Das dort herrschende Klima, herkommend vom christlichen Menschenbild und geprägt vom respektvollen Miteinander, prägt das Bild von Kirche oft nachhaltig. Ich betone immer wieder, dass die größte Priorität für uns in den nächsten Jahren die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen sein muss. Dazu gehört auch der Konfirmandenunterricht. Ich staune über viele neue und gute Ideen in diesem Bereich. Das Konficamp des Dekanats Augsburg, an dem jährlich etwa 600 Konfirmanden und ca. 35 hauptamtlich und ca. 240 ehrenamtlich Mitarbeitende teilnehmen, ist Ihnen allen inzwischen sicher bekannt. Besonders angesprochen hat mich eine Rückmeldung über das diesjährige Konficamp an der Adria bei Grado: Da haben die Konfirmanden abends am Strand einen Abendmahlsgottesdienst gefeiert und spontan haben – auf Einladung der Konfirmanden und der

Mitarbeiter – 150 andere Campingplatzbesucher diesen Gottesdienst mitgefeiert. Eine ganz einfache, echte missionarische Aktion.

Eine andere nicht zu hoch einzuschätzende Gelegenheit, öffentlich und von vielen beachtet das Evangelium zu kommunizieren, sind die Gottesdienstübertragungen im Fernsehen sowie die Übertragung von Andachten und gottesdienstlichen Feiern im Hörfunk. Wir können uns in Bayern glücklich darüber schätzen, dass besonders der Bayerische Rundfunk (BR) eine derart positive Einstellung zu diesen kirchlichen Sendungen zeigt, die sich unter anderem auch in der Platzierung der Sendungen im Gesamtprogramm sowie in den Produktionsbedingungen niederschlägt. Und wer Übertragungen durch den BR mit anderen Übertragungen vergleicht, merkt auch, dass Qualität und theologische Kompetenz bei dem Personal des BR unvergleichlich hoch sind. Dafür und für die grundsätzliche Aufgeschlossenheit für kirchliche Anliegen möchte ich mich an dieser Stelle einmal beim Bayerischen Rundfunk, seinem Intendanten, Dr. Gruber und bei den Direktoren des Hörfunks, Dr. Grotzky sowie des Fernsehens, Prof. Dr. Fuchs, ausdrücklich bedanken. Probleme, genügend gute Fernsehgottesdienste durchführen zu können, haben wir nicht wegen der Rundfunkanstalt, sondern deswegen, weil es für Pfarrer und Gemeinden nicht – wie ich es erwartet hätte und wie ich es als Gemeindepfarrer empfunden habe – eine hohe Ehre und Auszeichnung oder wenigstens willkommene Pflicht ist, solche Fernsehgottesdienste durchzuführen. Ich weiß, dass damit viel Aufwand verbunden ist. Aber es ist eben auch eine große missionarische Chance. Ich würde mich sehr freuen, wenn ein fröhlicher Wettbewerb zwischen in Frage kommenden Gemeinden entstehen würde, wer den nächsten Fernsehgottesdienst übertragen darf. Für die engagierte und sachkundige Arbeit in diesem Bereich danke ich herzlich unserer Rundfunkbeauftragten, Frau Kirchenrätin Petra Haring und ihrer Mitarbeiterin, Frau Pfarrerin Melitta Müller-Hansen.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich in diesem Zusammenhang aber auch die zahlreichen kirchlichen Beiträge in den kommerziellen Programmen, mit denen, anders als beispielsweise über die Fernsehgottesdienste, stärker jüngere Menschen erreicht werden. Auch hier danke ich den Verantwortlichen in den Sendern für diese Möglichkeit sowie den Verantwortlichen auf kirchlicher Seite die diese Beiträge mit viel Kreativität und Engagement produzieren und betreuen.

3. Die Botschaft in der Welt glaubwürdig vertreten

Als Christinnen und Christen beziehen wir auf der Grundlage des biblischen Zeugnisses Stellung zu den Fragen, die an uns herangetragen werden. Auch das ist Teil unseres missionarischen Auftrages. *„An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen“*, heißt es im Matthäusevangelium (Mt 7,16). Wir sind gerufen, unsere Überzeugung in aktuellen Fragen der Zeit glaubwürdig zu vertreten und zu leben.

3.1. Klarheit im Umgang mit anderen Konfessionen und Religionen

Wenn wir unseren Glauben bezeugen wollen, dann müssen wir auch klar unser Profil als lutherische Kirche deutlich machen. Dazu gehört, dass wir benennen, was uns mit anderen Konfessionen, aber auch anderen Religionen verbindet und was uns unterscheidet und trennt.

3.1.1 Gemeinsames gemeinsam bezeugen

Am Reformationstag dieses Jahres jährte sich zum fünften Mal der Tag, an dem die „Gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigungslehre“ durch Unterschrift bestätigt wurde. Einige Rückzugsgefechte werden immer noch von Gegnern der GE geführt, die behaupten, in Augsburg sei nicht die GE, sondern die „Gemeinsame offizielle Feststellung“ unterschrieben worden, was, formalistisch gesehen, korrekt ist. Allerdings lautet der Wortlaut in der „Gemeinsamen offiziellen Feststellung“ vor den Unterschriften: „Durch diesen Akt der Unterzeichnung bestätigen die Katholische Kirche und der Lutherische Weltbund die Gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigungslehre in ihrer Gesamtheit.“ Somit ist die GE tatsächlich durch diese Unterschriften bestätigt worden.

Es war für mich der Tag, bevor ich mein Amt als Bischof angetreten habe. Ich durfte selbst bei diesem Ereignis anwesend sein. Es war bewegend! Aber es war mehr als das. Ohne dass mit ihr im Blick auf die Einheit alles bereits entschieden ist, kann doch festgestellt werden: Diese Erklärung und ihre Unterzeichnung nach 450 Jahren der Abgrenzung ist von fundamentaler Bedeutung. Und der Schritt ist in unseren Kirchen seitdem auch wirksam geblieben. Bereits früher habe ich davon gesprochen, wie eine ganze Reihe von Schwesterkirchen im Lutherischen Weltbund berichtet, dass sie seit der Unterzeichnung des Dokuments von Augsburg die Aufgeschlossenheit der römisch-katholischen Kirche für sich beobachten und die Bereitschaft zu gemeinsamen Aktionen in Zeugnis und Dienst. Für sie ist der „Markstein“ (so Kardinal Lehmann) zu einem Meilenstein auf dem Weg miteinander geworden. Es tut uns gut, das wahrzunehmen.

Ich bin dankbar, dass der Vorsitzende der Ökumene Kommission der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Dr. Gerhard Ludwig Müller aus Regensburg mit mir zusammen einen sehr gut besuchten und in den Medien beachteten Festakt in Augsburg in St. Anna veranstaltet hat, bei dem es mir wichtig war, dafür zu sensibilisieren, wie wir in der ökumenischen Diskussion mit diesem Dokument umgehen. Vergegenwärtigen wir uns angesichts der Grundaussage der Rechtfertigungsbotschaft in angemessener Weise, dass Gott allein es ist, der Versöhnung und Einheit schenken kann? Erkennen wir an, dass auch die Versöhnung in dem Geschehen von Augsburg Gottes Geschenk ist, eine Fügung des Heiligen Geistes? Sicher sind mit der Gemeinsamen Erklärung noch lange nicht alle Fragen ge-

löst. Aber mir scheint, es ist eine unserer Untugenden mit tragischen Folgen gerade für die Ökumene, dass wir stets demjenigen besondere Aufmerksamkeit schenken, was noch nicht ist, statt dankbar das festzuhalten, was als schon erreicht gelten darf.

Gemeinsames gemeinsam zu bekennen – das war auch das Anliegen eines Treffens am 8. Mai in Stuttgart. Dort kamen geistliche Gemeinschaften aus der katholischen wie aus den evangelischen Kirchen zu einem europäischen Kongress zusammen. Das Spektrum reichte vom CVJM bis zur Schönstatt-Bewegung, von den Fokolaren bis zur Christusbruderschaft Selbitz. Ich war von diesem Treffen spirituell sehr beeindruckt. Noch vor wenigen Jahren hätten sich die meisten dieser katholischen Gemeinschaften einen gemeinsamen Kongress zusammen mit den Evangelischen nicht vorstellen können, und die evangelischen Gemeinschaften hätten mentale Blockaden gegenüber nach Rom ausgerichteten Gemeinschaften gehabt. Die, die sich in Stuttgart trafen, haben sich – das spürte ich - vom Heiligen Geist zu der Erkenntnis führen lassen, dass sie viel mehr eint als trennt. Sie können einander als Schwestern und Brüder sehen, geführt in die Nachfolge desselben Herrn, auf verschiedenen Wegen, aber eben doch eins im Ziel. Sie gewähren einander in Respekt und Anerkennung Gemeinschaft in versöhnter Verschiedenheit, statt im anderen in erster Linie jemanden zu sehen, dem irgendwie doch die Fülle und Vollkommenheit abgeht. Sie zeigen sich voll gespannter Neugier auf die Gemeinschaft aus einer anderen Tradition und legen den Finger nicht gleich auf das, was uns noch trennt. Ich selbst habe am Nachmittag in einer kurzen Einheit zusammen mit Kardinal Kasper aktiv daran teilgenommen. Und ich freue mich, dass gerade aus Bayern viele Impulse zu diesem Treffen ausgingen, das ja in gewisser Weise eine Fortsetzung eines Treffens von 2001 in München war. Der CVJM München besonders mit Helmut Nicklas, Priorin Anna-Maria aus der Wische von der Christusbruderschaft Selbitz und Pfarrer Friedrich Aschoff von der Geistlichen Gemeindeerneuerung (GGE) waren etwa aktiv daran beteiligt. Ich würde es begrüßen, wenn diese Spur weiter verfolgt wird und bin selbst auch gerne dazu bereit, mich hier weiter einzubringen. Aus diesem Grund habe ich auch eine Einladung der Gemeinschaft St. Egidio nach Mailand gerne angenommen. Seit der Papst 1986 Vertreter der Weltreligionen nach Assisi eingeladen hatte, veranstaltet St. Egidio im Auftrag des Papstes jährlich ein solches Treffen für Vertreter großer Weltreligionen. Im vergangenen Jahr hatte das in Aachen stattgefunden. Ich war auf einem der großen ökumenischen Podien zusammen mit dem äthiopischen Patriarchen Paulos, Walter Kardinal Kasper und anderen bekannten Vertretern christlicher Konfessionen zum Thema. Es war eine wunderbare Gelegenheit, ökumenische Freunde wieder zu sehen und neue kennen zu lernen. Beeindruckt war ich von der Abschlussfeier, bei der sich die Vertreter der verschiedenen Weltreligionen zunächst zum Gebet an unterschiedlichen Orten trafen, alle Christen im Mailänder Dom zu einem ökumenischen Gebet, um anschließend in einer Prozession sich gegenseitig von diesen verschiedenen Treffpunkten abzuholen zu einer bewegenden gemeinsamen nichtreligiösen Schlussveranstaltung auf dem Domplatz. Hier

wurde ganz deutlich Gemeinsames gemeinsam bezeugt, und über die Unterschiede nicht einfach gleichmacherisch hinweggegangen.

3.1.2. Unterschiede benennen

Auch das gehört zur erwünschten Klarheit: dass wir Unterschiede benennen, ohne damit gleichzeitig eine ablehnende Haltung zum Ausdruck bringen zu wollen. Die Ereignisse der vergangenen Tage in den Niederlanden ebenso wie in Sinsheim beschäftigen mich stark. Was ist in dieser Situation unsere Aufgabe als christliche Kirche in unserem Land? Wir sind verpflichtet dazu alles zu tun, damit nicht eine Stimmung entsteht wie in den Niederlanden, wo sich bei einer Umfrage angeblich 40% dafür aussprachen, dass sich Muslime in den Niederlanden nicht mehr heimisch fühlen sollten.² Muslime gehören unabänderlich zu unserer Gesellschaft dazu. Aber diese Gesellschaft bleibt genauso unaufgebar eine von christlichen Wertevorstellungen geprägte Gesellschaft. Ich möchte deshalb, liebe Schwestern und Brüder, nachdrücklich dazu ermuntern, dass unsere Gemeinden in stärkeren Kontakt etwa mit muslimischen Moscheen kommen. Neulich erzählte mir jemand, dass in einem Ort über viele Jahre hinweg Moschee und Kirche sozusagen Wand an Wand existierten, ohne dass es irgendeinen Kontakt gegeben habe. Erst nach dem 11.9.2001 habe sich hier etwas geändert. Ich fürchte, dass es noch mehr Orte gibt, wo dies immer noch so der Fall ist. Wenn wir etwas gegen einen wachsenden Islamismus in unserem Land tun wollen, ist es gerade unsere Aufgabe als Gemeinden, für die Integration der nicht-islamistischen Muslime in unserer Gesellschaft zu arbeiten. Bei meinem Dekanatsbesuch in Bad Berneck war ich positiv überrascht, dass auf einem Dorf (in Himmelkron) regelmäßige Kontakte zu einer islamischen Gemeinde in Bayreuth gepflegt werden. Jetzt war gerade der Männerkreis der Gemeinde zum Fastenessen in die Moschee eingeladen, im Januar treffen sich Muslime und Christen in der Kirche in Himmelkron zum Gebet. Dabei ist deutlich, dass wir nicht gemeinsam beten können, dass es aber zum Abbau von Vorurteilen und zum besseren gegenseitigen Kennenlernen sehr hilfreich ist, wenn wir bei dem Gebet der jeweils anderen als Gäste mit dabei sind, ohne dass die bestehenden Unterschiede verwischt werden. Freilich: für solche Kontakte ist es ganz wichtig, dass wir uns unseres eigenen Glaubens gewiss sind und darüber Bescheid wissen. Dass wir ihn verstehen und dass wir ihn pflegen: in Tisch- Schul- und Abendgebet zum Beispiel. Und dass wir ganz klarmachen, dass bei uns all dies immer nur freiwillig und nie staatlich kirchlich angeordnet sein kann. Auf dieser Basis wollen wir dann auch die Religion der anderen besser verstehen lernen. Wie weit wir von solch einem bessern Verstehen entfernt sind, zeigen mir immer wieder Diskussionsbeiträge zum Thema Kopftuch. Ich habe mich dazu ja auch vor Ihnen schon klar und eindeutig geäußert. Und nachdem der Landesbischof laut Verfassung unsere Kirche in der Öffentlichkeit vertritt, habe ich im Einverständnis mit dem Landeskirchenrat auch unseren Beauftragten bei Landtag

und Staatsregierung gebeten, diese Haltung bei der Anhörung im Landtag zu vertreten, was er auftragsgemäß auch getan hat. Kritik daran aus den Reihen der Synode kann ich nicht verstehen, denn die Landessynode hat zu diesem Thema ja keine anders lautende Position beschlossen. Dieser Vorgang ist m.E. daher völlig korrekt gelaufen. Wir treten ganz klar und eindeutig für die volle Religionsfreiheit der Muslime in unserem Land ein. Uns ist es wichtig, dass wir einander besser kennen lernen. Muslime sollen bei uns Orte haben, an denen sie Gottesdienst feiern und ihre Religion leben können. Daran sollten wir weiterhin gemeinsam arbeiten. Selbstverständlich sollen auch Musliminnen religiösen Schmuck tragen dürfen, auch als Beamtinnen, auch als Lehrerinnen. Das Kopftuch ist aber nichts, was unumstrittene religiöse Pflicht ist, was nach Meinung der meisten Muslime islamische Frauen unbedingt tragen müssten. Wo es aber staatliche Pflicht ist, dort müssen es alle Frauen tragen, auch wenn sie einer anderen Religion angehören, also z.B. Christinnen sind. Es ist also kein religiöses Symbol, sondern ein Symbol der Unterdrückung der Frau. Und im SPIEGEL der letzten Woche können Sie ja sehr eindrücklich nachlesen, wie schlimm es um die Unterdrückung der Frau in nicht wenigen islamischen Familien in Deutschland bestellt ist. Wir haben also gerade in diesem Zusammenhang eine wichtige Verantwortung für die junge islamische Generation bei uns. Da Schülerinnen und Schüler aus islamischen Staaten diese frauenfeindliche Bedeutung mit einem Kopftuch assoziieren müssen, kann es nicht angehen, dass in der Schule, in der die Erziehung zur Gleichheit von Mann und Frau ein wichtiges Erziehungsziel ist, eine Lehrerin – ob gewollt oder ungewollt – anders lautende Signale aussendet. Jede andere Muslimin muss das Kopftuch tragen dürfen, auch als Beamtin, auch im öffentlichen Leben, ja auch als Richterin. Nur in der Schule nicht ! Ich bin darum zusammen mit sehr vielen Muslimen und Musliminnen dankbar für das Gesetz, das in Bayern verabschiedet worden ist.

3.1.3. Zur Vergangenheit stehen

Endlich fand nach 6 Jahren wieder einmal eine Begegnung zwischen den kirchenleitenden Organen und dem Landesverband der israelitischen Kultusgemeinden statt. Die Gesprächsatmosphäre war auch nach Meinung unserer jüdischen Gesprächspartnerinnen und -partner von gegenseitigem Respekt und Wohlwollen geprägt. Unsere Gäste haben sich bei uns, nicht zuletzt auch bei dem koscheren Essen, das wir angeboten haben, sehr wohl gefühlt. Sie haben davon berichtet, dass das jüdische Leben an vielen Orten Bayerns sich in den letzten Jahren intensiviert hat. Klar wurde aber auch, dass durch die Zuwanderung von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion sich für viele Gemeinden finanzielle und soziale Probleme ergeben und in welcher bravouröser Weise die Integrationsprobleme angegangen und gelöst werden. Sie haben das gute, sehr klare und offene Klima zwischen den Gemeinden unserer Kirche und den israelitischen Kultusgemeinden gerühmt und gleichzeitig ihre Kritik

punkte deutlich benannt. Deutlich war etwa, wie sehr sich unsere Partner beschwert fühlen dadurch, dass es in unserer Kirche immer noch Kirchenvorstände gibt, die keine genügende Sensibilität gegenüber dem Empfinden unserer jüdischen Schwestern und Brüder haben, was unseren Umgang mit den so genannten „Judensau“-Abbildungen an unseren Kirchen betrifft.

Die Landessynode hat sich 1998 in Nürnberg eindeutig dazu geäußert, dass wir offen mit den in Bayern noch an Kirchengebäuden vorhandenen Abbildungen der so genannten Judensau umgehen sollten. Der Ratschlag der Landessynode war damals, erklärende Hinweistafeln zu den Reliefs anzubringen. Leider haben sich einige Kirchenvorstände trotz klarer Bitten des Landesbischofs und der Synodalpräsidentin bisher nicht dazu entschließen können, dieser Bitte der Landessynode nachzukommen. Der Landeskirchenrat hat vor drei Jahren eine Untersuchung darüber, ob und in welchem Umfang die verfasste Kirche in Bayern während des Zweiten Weltkrieges am System der Beschäftigung von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern teilhatte, in Auftrag gegeben. Die darauf hin durchgeführten Recherchen, deren Ergebnis wir im vergangenen Jahr vorgelegt bekamen, ergaben lediglich, dass eine ukrainische Zwangsarbeiterin in Diensten der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern stand; sie war von Oktober 1942 bis Mai 1945 als Haushaltsgehilfin des Dekans in Sulzbach-Rosenberg eingesetzt. Aufgrund der relativ dünnen Materialbasis kann allerdings nicht ausgeschlossen werden, dass weitere Beschäftigungsverhältnisse bestanden haben. Die betreffende Dame wurde aus Mitteln der Bundesstiftung entschädigt. Unsere Landeskirche hat zwei Projekte vor sich, die in diesem Jahr in Auftrag gegeben wurden: Eine Untersuchung, ob die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern im Zuge der Arisierung sich an jüdischem Eigentum „bereichert“ hat. Diese Untersuchung wird vom Historischen Seminar der Ludwig-Maximilians-Universität München, Lehrstuhl Prof. Dr. Hockerts, von Frühjahr 2005 an durchgeführt. Nähere Details gibt es hier noch nicht. Und zum „Erbe Braun“: Um zu einer überzeugenden Interpretation des letzten Willens von Elisabeth Braun zu kommen, die unserer Landeskirche das Hildebrandhaus als Zufluchtsstätte für jüdische Mitbürgerinnen christlichen Glaubens vererbt hatte, hat die ELKB zusammen mit der Stadt München Dr. Kamp von Neumann & Kamp, Historische Projekte, beauftragt, eine Geschichte der Hildebrandhauses und seiner Besitzer zu erarbeiten. Dies soll zudem zum ehrenden Andenken von Elisabeth Braun geschehen. Die Dokumente werden nach Abschluss des Projektes und seiner Publikation in Kopie im Literaturarchiv der Stadt München, Monacensia, der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden. Die Stadt München hat jetzt durch einen Flyer, der Ihnen ausgeteilt wird, darüber informiert. Wir gehen damit ein noch weithin unerforschtes Kapitel unserer Geschichte offensiv und transparent an.

Ich freue mich, dass zurzeit an drei Orten Bayerns neue Zentren für die jüdischen Gemeinden errichtet werden: in Bamberg, München und Würzburg. Wir sind Zeugen einer besonderen Entwicklung: Bedeutung, Charme und kultureller Reichtum der jüdischen Reli-

giosität kehren langsam wieder nach Deutschland zurück. Nach den Verbrechen, die durch Deutsche an unseren jüdischen Mitmenschen im vergangenen Jahrhundert begangen worden sind, haben wir die Chance, uns für den Wiederaufbau des jüdischen Lebens in Bayern zu engagieren. Der einstimmige Beschluss der Landessynode zum Verhältnis von Christen und Juden von 1998 verpflichtet uns, das in unseren Kräften Stehende zu tun, um dabei zu helfen. Nachdem wir augenblicklich keine Möglichkeit haben, aus Kirchensteuermitteln etwas dazu beizusteuern, hat der Landeskirchenrat beschlossen, am 7.11.2004 die Kollekte in allen unseren Gemeinden für diese Zentren zu erbitten. Dazu hat das Landeskirchenamt einen kleinen Flyer erstellt, den Sie hoffentlich alle erhalten haben. Das Ergebnis der Kollekte ist noch nicht bekannt. Lassen Sie uns weiter daran arbeiten und dafür beten, dass die jüdische Gemeinschaft in Bayern wieder einen festen Platz in unserer Gesellschaft erhält.

3.2. Christsein in der Wirtschaft

Ich habe schon zu Beginn meines Berichtes daran erinnert, dass wir mit unserem ganzen Leben und Arbeiten in den Dienst als Botschafter an Christi Statt gerufen sind. Ein Christ ist gewissermaßen immer im Dienst. Er ist immer engagiert. Darauf hat Martin Luther mit Nachdruck hingewiesen. Er hat das alltägliche, auch das wirtschaftliche Handeln von Menschen in die Ethik zurückgeholt und auf die gleiche Stufe gestellt wie Gottesdienst und Gebet. Das hängt eng mit Luthers Lehre von Beruf zusammen – wobei Luther unter Beruf nicht nur die bezahlte Erwerbstätigkeit versteht, sondern beispielsweise auch die Arbeit in der Familie. Ein Wort, das man heute gar nicht laut genug sagen kann.

So schreibt Luther sinngemäß, um sein Verständnis vom Christsein im Beruf deutlich zu machen: Eine Mutter soll ihre Kinder weder verziehen noch vernachlässigen. Als Mutter steht sie in der Nachfolge Christi. Das soll sie im Umgang mit ihren Kindern bezeugen. Ein Ehemann soll ein treuer und verlässlicher Partner seiner Ehefrau sein. Er steht in der Nachfolge Christi. Das bezeugt er als Ehemann durch seine Treue und Verlässlichkeit. Ein Kaufmann soll ein ehrlicher Kaufmann sein. Als Kaufmann ist er in die Nachfolge Christi gerufen. Das soll er dadurch bezeugen, dass er seine Kunden nicht übervorteilt, sondern reell ist. Dadurch bezeugt er Christus. Etwas weiter gefasst heißt das also: Jeder und jede ist dazu aufgerufen im Rahmen seines Berufs der Berufung zum Christen Ausdruck zu verleihen. Für Christinnen und Christen gibt es keinen verantwortungsfreien Raum.

Im letzten Jahr hatte ich eine Reihe von Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft. In Anbetracht der großen wirtschaftlichen Probleme und Umwälzungen, die unser Land derzeit in Atem halten, verwundert es vielleicht auch nicht, dass gerade die in der Wirtschaft tätigen Menschen besondere Aufmerksamkeit finden. Zu Recht, meine ich – denn dort werden Weichenstellungen getroffen, die für Millionen von Menschen existentiell sind.

Bei meinen Begegnungen mit dem Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer in Deutschland und zu anderen Gelegenheiten, etwa bei dem inzwischen regelmäßig von mir durchgeführten zweitägigen Treffen von evangelischen Unternehmerpersönlichkeiten und Vertretern unserer Kirchenleitung, durfte ich dankbar feststellen, dass Christen Ihre Prinzipien auch in wirtschaftlichen Zusammenhängen nicht einfach an der Garderobe abgeben. Mich hat beeindruckt, mit welcher Konsequenz an vielen Stellen für christliche Werte eingetreten wird. Nicht selten verzichten die Verantwortlichen auf eigene Vorteile zugunsten des Wohlergehens ihrer Mitarbeitenden. Vorgestern kam ich mit einem von ihnen, mit einem leitenden Manager ins Gespräch, der in seinem Bereich zusammen mit seinen Direktoren auf 20% seines Gehalts verzichten wollte. Das wurde vom Konzern abgelehnt, weil dort wohl die Angst da war, dass auch bei ihm dann so etwas gefordert werden könnte. Aber ich war froh über seine Initiative. Ein vorbildliches christliches Engagement, für das ich ausdrücklich danke. Aber leider gibt es auch andere Beispiele. So ist mir nach wie vor unverständlich, warum manche Spitzenmanager sich immer noch weigern, ihre Gehälter offen zu legen. Aber schon die Höhe der Abfindungen im Falle des Ausscheidens lässt ahnen, um welche Größenordnungen es sich dabei handelt. Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Huber, hat in seiner sozialpolitischen Grundsatzrede vom 30. September dazu treffend formuliert, dass man fragen muss, welche Unterschiede unsere Gesellschaft akzeptieren will³. Glaubwürdigkeit in der Wirtschaft beginnt – wie in allen anderen Bereichen – mit Transparenz. Das sagen wir als Kirche immer wieder deutlich. Und ich verstehe nicht ganz, warum uns aus den Reihen auch befreundeter Politiker immer wieder vorgehalten wird, wir sollten uns mehr für christliche Werte einsetzen. Ich denke wir tun das. Und nicht selten ist es dann im konkreten Fall Politikern wieder gar nicht so recht, wenn wir das tun, ich denke etwa an die Diskussion um Lebensanfang oder Lebensende, den Sonntag, die Menschenwürde von Ausländern u.ä. Dass man mit christlichen Werten in Führung gehen kann, dafür gibt es zahlreiche positive Beispiele.

Ich bin froh und dankbar, dass es auch in den Chefetagen von Unternehmen so viele engagierte Christinnen und Christen gibt. Der Kongress christlicher Führungskräfte im Januar, zu dem idea und tempus in Kooperation mit zahlreichen weiteren Veranstaltern einladen, wird viel dazu berichten. Gewinnstreben und Fürsorgepflicht schließen sich nicht aus. Wer das in seinem Verantwortungsbereich vorlebt, wird zum glaubwürdigen Vertreter, zur glaubwürdigen Vertreterin der christlichen Botschaft in der Welt. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) zeichnet seit einigen Jahren Unternehmen aus, die in vorbildlicher Weise Lebenschancen, Beteiligungschancen, Entfaltungschancen und Sozialkultur ermöglichen. Die Initiative dazu ging von einem engagierten evangelischen Unternehmer aus, der auf dem Kirchentag in Leipzig 1997 fragte: „Warum ist es eine Erfolgsmeldung, wenn ein Unternehmen drei Milliarden Gewinn und im selben Atemzug den Abbau weiterer 6000

³ Wolfgang Huber: Um der Menschen willen – Welche Reform brauchen wir? Rede am 30. September 2004 in Berlin.

Arbeitsplätze ankündigt?“. Und es folgte die Anregung: „Wer neue Arbeitsplätze schafft, sollte ein Gütesiegel erhalten“. Daraus wurde das Gütesiegel „Arbeit Plus“, das seit 1998 von der EKD bundesweit vergeben wird. Ausgezeichnet werden damit Unternehmen, die eine hervorragende Beschäftigungspolitik verfolgen und sich in vorbildlicher Weise für die Gestaltung und Sicherung von Arbeitsplätzen sowie für die Belange ihrer Beschäftigten einsetzen. Wir wollen damit deutlich machen, dass wir uns in der Evangelischen Kirche in Deutschland dafür einsetzen, dass Arbeit in unserer Gesellschaft gerechter verteilt und sinnvoll gestaltet wird. Ich durfte in diesem Jahr in Bayern diesen Preis namens der EKD an die Flughafengesellschaft München überreichen.

3.3. Gesellschaft gestalten

Politiker diagnostizieren den größten sozialen Umbau seit der Nachkriegszeit. Wir alle spüren mehr und mehr, was das heißt. Die sozialen Kassen sind leer und der wirtschaftliche Aufschwung, der die Zahl der Arbeitsplätze vermehrt, lässt weiterhin auf sich warten. Der Staat kann seine sozialen Leistungen nicht mehr im gewohnten Maß aufrechterhalten. Menschen sind zutiefst verunsichert, geraten unverschuldet in Existenzkrisen, finden trotz guter Qualifikationen keine Arbeit, leben in zunehmendem Maß von Sozialhilfe. In Oberfranken liegt die Arbeitslosenquote schon jetzt bei 12%, Tendenz steigend. Bei meinem letzten Dekanatsbesuch musste ich zur Kenntnis nehmen, dass in Bad Berneck alleine im vergangenen Jahr 20 von 40 Geschäften um den Marktplatz herum schließen mussten. In dieser Situation sind wir als Christinnen und Christen besonders gefragt. Um es gleich vorwegzunehmen: Wir sind nicht gefragt als diejenigen, die der Politik oder der Wirtschaft vorgeben, wie sie nun zu entscheiden hätte oder als diejenigen, die die besseren Konzepte in der Schublade hätten. Diese Rolle steht uns nicht zu, dafür haben wir kein Mandat. Wir sind aber wohl gefragt als diejenigen, die auf soziale Ungerechtigkeiten hinweisen, nachdrücklich auf Abhilfe bestehen und aufmerksam machen auf Sachverhalte, die jenseits des ökonomischen Diktats liegen. Es ist von höchster Wichtigkeit, jetzt genau zu beobachten, auf soziale Missstände an verantwortlicher Stelle aufmerksam zu machen und darauf zu bestehen, gegebenenfalls gerechtere Konzepte zu entwickeln. Die größte Herausforderung im nächsten Jahr wird in diesem Zusammenhang vielleicht sein, die Auswirkungen der nächsten Stufe der Sozialreformen – des so genannten Hartz IV-Gesetzes – zu verfolgen. Ich habe mich in den vergangenen Monaten intensiv darum bemüht, diese umstrittene Reformstufe in all ihren Konsequenzen zu durchschauen. Ich habe dazu viel gelesen, mich von Sachverständigen beraten lassen und die zuständigen Stellen kontaktiert. Ich kann akzeptieren, dass der Grundgedanke von Hartz IV einen notwendigen Schritt darstellt. Trotzdem sind für mich manche Fragen offen geblieben. So frage ich mich immer noch, ob nicht zu viel gefordert, aber zu wenig gefördert wird. Ich frage mich, ob die sozialen Lasten durch die Reform ge-

recht verteilt werden oder ob nicht doch die ohnehin Schwachen wieder stärker in die Pflicht genommen werden als Andere. Ich weiß nicht, ob die strikten Regelungen für die Möglichkeiten des Zuverdienstes wirklich zielführend sind. Es gäbe noch eine ganze Reihe weiterer Fragen, die ich hier anschließen könnte. Ich verweise dazu nochmals auf die ausführliche Grundsatzrede, die der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland dazu gehalten hat und in der diese Fragen spezifiziert sind. Und ich meine es ernst, wenn ich sage: Ich weiß die Antworten nicht. Denn worin ich mir inzwischen ganz sicher bin, das ist, dass es keine einfachen Lösungen gibt. Wer kritisiert, muss sagen, wie es besser ginge. Deswegen will ich nachdrücklich dazu auffordern, im nächsten Jahr besonders wachsam gegenüber den Auswirkungen der Reform zu sein. Denn das wird die Basis sein, aufgrund derer wir vielleicht im nächsten Jahr um dieselbe Zeit eine erste Bilanz aus unserer Sicht dazu ziehen. Dann müssen wir Nachbesserungen verlangen, wo die Reform zu unververtretbaren Ergebnissen geführt hat. Und wo immer Menschen durch diese Reformen in Not geraten sollten, ist es unsere Aufgabe, ihnen zur Seite zu stehen.

Da das Fördern noch nicht so ausgeprägt ist wie das Fordern, müssen wir hier besonders hinsehen. Ich bin dankbar, dass das Diakonische Werk jetzt gerade Empfehlungen an die Diakonischen Träger und Einrichtungen herausgegeben hat, wie wir mit den „Arbeitsgelegenheiten gegen Mehraufwandsentschädigung“ umgehen sollten, die zu Unrecht oft als 1-Euro-Jobs diffamiert werden. Die dort genannten Beteiligungskriterien „Freiwilligkeit, Sozialpädagogische Begleitung und Qualifizierung, Keine Verdrängung regulärer Arbeitsplätze“ halte ich für notwendig. Unter Berücksichtigung dieser Kriterien sollten wir uns an der Bereitstellung solcher Arbeitsgelegenheiten beteiligen. Einstweilen sollten wir überall, wo wir dazu in der Lage sind, darauf hinwirken, dass die Betroffenen ihre Anträge auf das Arbeitslosengeld abgeben. Denn nur dann können sie das ihnen zustehende ALG bekommen. Und erst wenn ihre Anträge beschieden sind, wird man wirklich sagen können, ob die Bestimmungen des Gesetzes ungenügend sind oder nicht.

Freilich ist unsere Aufmerksamkeit auch weiterhin an anderen Stellen der gesellschaftlichen Entwicklung gefragt. So zum Beispiel im Blick auf die Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes. Zusammen mit Diakoniepräsident Dr. Markert, dem ich in diesem Zusammenhang einmal mehr für die konstruktive Zusammenarbeit danken möchte, habe ich in einem offenen Brief die Einrichtung einer Härtefallkommission in Bayern gefordert, die in Zweifelsfällen eine zunächst als rechtens einzustufende Entscheidung aufgrund besonderer Umstände revidieren könnte. Ich hoffe sehr, dass die Verantwortlichen diese Möglichkeit noch einräumen werden und appelliere dazu besonders an den bayerischen Innenminister, der ja letztendlich wesentlich zum Zustandekommen dieses Gesetzes beigetragen hat, wofür ich mich herzlich bedanke. Denn er hat es ja mit ermöglicht, dass einige grundsätzliche Anliegen unserer Kirche darin verwirklicht wurden.

Ich freue mich, dass die Zentrale Rückkehrberatung in Nürnberg, die ich im vergangenen

Jahr besucht hatte, über das erste Jahr hinaus weiterarbeiten kann. Die Rückkehrberatung, die dort, auch von Mitarbeitenden der Diakonie, geleistet wird, ist außerordentlich kompetent und hat nach Aussage von Staatsministerin Stewens bemerkenswerte Erfolge zu verzeichnen. Da sie auf völliger Freiwilligkeit der Beratenden basiert ist sie von unseren Kriterien her höher einzuschätzen als andere Methoden der Rückkehrförderung.

Ein weiteres Dauerthema sind die Entwicklungen im Bereich der Medizin. Bei einem Gespräch mit Vertretern der Landesärztekammer Bayern ist mir deutlich geworden, wie sehr der gesamte Bereich der Gesundheitsfürsorge inzwischen von ökonomischen Leitlinien geprägt ist. Der Patient wird mehr und mehr zum Kostenfaktor. Natürlich weiß ich, dass auch die Gesundheitspolitik nicht frei von finanziellen Zwängen ist und die Wirtschaftlichkeit auch im Sinne von nachhaltiger Fürsorge immer ein wesentlicher Faktor bei der Versorgung von Patientinnen und Patienten bleiben wird. Aber das darf nicht dazu führen, dass die Individualität der Menschen vollständig den Kostenrastern untergeordnet wird. Bei dem Besuch einer Diakoniestation wurde mir kürzlich das vorgeschriebene Abrechnungsblatt für die einzelnen ambulanten Leistungen vorgelegt⁴. Die Auflistung der einzelnen Tätigkeiten mit der Zuweisung der dafür zu veranschlagenden Zeit und die sich daraus ergebende Berechnungsgrundlage für die Erstattungen hat mich beschämt. Ich darf einige Beispiele daraus zitieren: An- und Ablegen von Körperersatzstücken: 4 Minuten = 1,76 EUR. Entsorgung von Ausscheidungen oder Inkontinenzartikeln: 2 Minuten = 0,88 EUR. Mundgerechtes Herrichten der Nahrung und Getränke: 5 Minuten = 2,20 EUR. Beheizen der Wohnung: 9 Minuten = 3,96 EUR. Wechseln der Bettwäsche: 8 Minuten = 3,52 EUR.

Liebe Schwestern und Brüder! Abgesehen davon, dass ich meine eigene Bettwäsche nur mühsam innerhalb von 8 Minuten wechseln kann, - und ich mache dies regelmäßig selbst! – finde ich diese Liste ein Alarmzeichen im Blick auf die Durchökonomisierung der Pflegeleistungen. Hier steht nicht mehr der Mensch als Individuum, sondern der normierte Kostenfaktor im Vordergrund. Bezeichnender Weise fehlen in dieser Liste zum Beispiel die Leistungen „Zuhören“ oder „Beistand leisten“. Vor allem fehlt aber das Vertrauen in unser Pflegepersonal, das es seinen Dienst auch ohne diese minutiösen Nachweise ordnungsgemäß verrichten würde. Ich kann nur voller Hochachtung staunen, wie engagiert, personorientiert und hingebungsvoll die Mitarbeitenden in den sozialen Diensten trotz allem ihrer Aufgabe nachgehen. Ihnen allen danke ich für Ihren Einsatz im Namen unserer Kirche von Herzen. Das diesjährige Motto der Diakonie: „Die Gewissheit, gut umsorgt zu sein“, füllen Sie durch Ihr Engagement in hervorragender Weise aus. Ich würde mir wünschen, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen hier unterstützend – und nicht einengend – gestaltet werden und dass der jahrelangen Forderung der Diakonie, wie ich sie bei fast jedem Dekanatsbesuch erneut höre, in diesem Bereich die Bürokratie endlich zu beschneiden, gefolgt wird. An dieser Stelle will ich aber auch danken für alle offenen Ohren, auf die ich und wir als Kirche bei den

⁴ Formblatt „Kostenvoranschlag für Leistungen nach dem Pflegeversicherungsgesetz“ der Zentralen Diakoniestation Bad Berneck.

verantwortlichen Politikerinnen und Politikern immer wieder stoßen. Bei den allermeisten Fragen, die auch für der Kirche von Interesse sind, werden unsere Verantwortlichen frühzeitig in die Beratungen einbezogen. Und nicht selten wird unseren Vorstellungen dann auch Rechnung getragen. Ich bin daher guten Mutes, dass sich auch für die noch offenen Fragen zufrieden stellende Lösungen finden werden. Ausdrücklich danken möchte ich dafür, dass die Bayerische Staatsregierung das Anliegen des Schutzes von Sonntagen und Feiertagen nachhaltig unterstützt. Ministerpräsident Dr. Stoiber hat unlängst hervorgehoben, dass eine Streichung von Feiertagen mit ihm nicht zu machen ist und der Fehler der Abschaffung des gesetzlichen Schutzes für den Buß- und Betttag sich nicht mehr wiederholen wird. Ich halte das für ein wichtiges und auch notwendiges Signal angesichts einer zunehmenden Ökonomisierung unserer Gesellschaft. Feiertage unterbrechen den Alltag und markieren Werte, die nicht käuflich sind, Werte, die grundlegend für die Identität unseres Gemeinwesens sind. Sie zur Disposition zu stellen, womöglich auch noch aus finanziellen Gründen, belegt einen eklatanten Verlust an Wertebewusstsein. Deshalb bin ich froh, dass der kurzfristige Versuch zur Verlegung des Nationalfeiertags letztlich dazu beigetragen hat, die Besinnung auf die Bedeutung von Feiertagen zu verstärken.

Schluss

Ich komme zum Schluss. Paulus erinnert uns daran, dass wir alle Botschafter an Christi Statt sind. Wir haben die Aufgabe, die gute Nachricht von der bedingungslosen Liebe Gottes in der Welt hörbar und spürbar werden zu lassen. Dazu gibt es viele Gelegenheiten, einige davon habe ich heute angesprochen. Auch die groß angelegte Eintrittsaktion der Kirchengemeinde in Ottobrunn bei München ist ein erfreulicher Schritt in die richtige Richtung. Bei Paulus steht die Aufforderung, Botschafter an Christi Statt zu sein, im Zusammenhang mit der Versöhnung: „Lasst euch versöhnen mit Gott!“ – so endet der Vers 20. Genau darum muss es uns gehen: Um die Versöhnung durch Christus mit Gott. Versöhnung bringt Erlösung, schafft neues Leben. Das ist die Botschaft, die die Welt braucht. Es ist an uns, sie an Christi Statt weiterzusagen. Vielen Dank! 🙏